

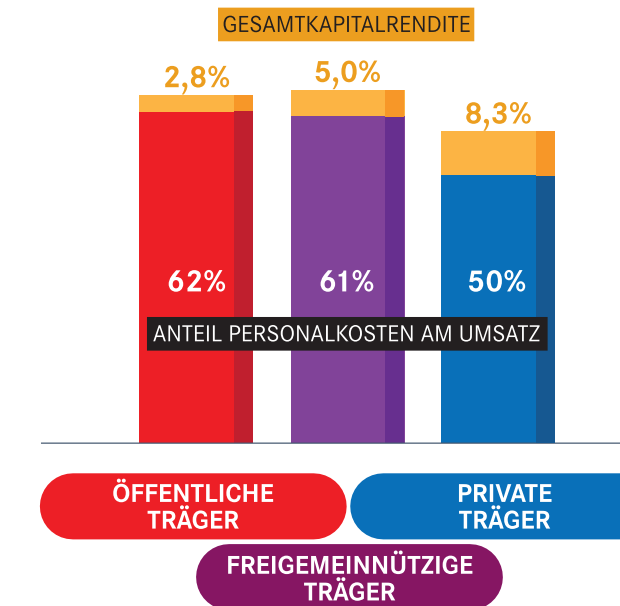


DIE LINKE. im Bundestag fordert:

- Verbindliche bundeseinheitliche Personalvorgaben für hohe Pflegequalität.
- Die Bezahlung in der Altenpflege an die Tariflöhne in der Krankenpflege angleichen und den Pflegemindestlohn sofort auf 14,50 Euro anheben.
- Pflegenden Angehörige von der Jobsicherung bis zur Rente umfassend sozial sichern.
- Privatisierungen stoppen und Pflegeeinrichtungen in öffentliche und nicht kommerzielle Träger überführen.
- Egal, ob ambulante oder stationäre Pflege – sie muss qualifiziert sein und durch Fachkräfte ausgeführt werden. Unabhängig vom Geldbeutel sollte jeder zusammen mit seinen Angehörigen das jeweils beste Pflegearrangement finden und sich leisten können. Das wird möglich durch eine Pflegevollversicherung, die alle pflegebedingten Leistungen finanziert. Dazu gehört auch tarifliche Bezahlung. Die Eigenanteile gehören abgeschafft.
- Eine Investitionsoffensive in die Pflegeinfrastruktur aus öffentlichen Mitteln des Bundes und der Länder.
- Eine Solidarische Pflegeversicherung, die alle, auch die bisher privat Versicherten, gerecht einbezieht, schafft dafür die finanzielle Grundlage.

Profitmaximierung durch Personaleinsparung

Die privaten Alten- und Pflegeeinrichtungen werden konsequent auf Profit getrimmt. In diesem hochprofitablen Wachstumsmarkt werden immer mehr Investorengelder angelegt. Um die Gewinnerwartungen zu erfüllen, wird vor allem beim Personal gespart. Die negativen Auswirkungen werden in Kauf genommen.





Pflege allein zu Haus?

Renate kommt später aus dem Büro. Ihr Mann Robert braucht seit einem Schlaganfall vor acht Jahren Pflege. Der ambulante Pflegedienst verspätet sich für die Insulinspritze. Die Mitarbeiterinnen sind voll ausgelastet und unter Dauerstress. Renate schaut nach den Medikamenten: zum Glück alles genommen.

Beim Abendbrot sprechen sie über den Tag. Robert ist froh, dass sie da ist. Das Notruftelefon ersetzt keine Pflegeperson. Renate fragt sich, wie lange Job und Pflege noch zu schaffen sind. Sie versteht nicht, warum sie keine zuverlässige und hochwertige Unterstützung durch professionelle Pflegekräfte erhält. Zeit und Energie, um Plätze für Kurzzeitpflege zu suchen, hat sie nicht. Urlaub fällt also wieder aus. Pflege macht arm – in jeder Beziehung.

Erhellende Zahlen

2,5 Millionen Menschen mit Pflegebedarf werden zu Hause gepflegt – das sind mehr als drei Viertel aller Menschen mit Pflegebedarf. Es gibt 13 300 ambulante Pflegedienste. In 13 600 Pflegeheimen leben knapp 780 000 Menschen. 1,085 Millionen Beschäftigte arbeiten in der Altenpflege, davon 730 000 in Pflegeheimen, 355 600 in Pflegediensten. Mehr als 1,38 Millionen Menschen mit Pflegebedarf werden allein durch Angehörige zu Haus ohne professionelle Unterstützung gepflegt. 692 000 mit Unterstützung ambulanter Pflegedienste. 82 Prozent aller Pflegenden sind Frauen. In der Altenpflege fehlen mindestens 40 000 Pflegekräfte und in Krankenhäusern mehr als 100 000.

Wettbewerb macht Kostendruck

Der Markt ist nicht die Lösung, sondern das Problem. Aus viel Geld noch mehr Geld machen – so ticken vor allem Kapitalanleger wie Hedgefonds oder Pflegekonzerne. Sie drängen verstärkt in die Altenpflege. Das ist aus ihrer Sicht ein sicherer, wachsender Markt. Einkaufen, Wert steigern, mit Profit verkaufen – das ist die Logik der Profiteure. Aber »Wert steigern« heißt, Kosten senken: keine tarifliche Bezahlung, Fachkraftquote aushebeln, Pflegequalität senken, um die Profite zu erhöhen.

Was den Menschen hilft

Wohnortnahe, qualitativ hochwertige Pflegeangebote müssen unabhängig vom Geldbeutel für alle zur Verfügung stehen. Ambulante Pflege durch Fachkräfte muss für alle nutzbar sein, die diese zur Entlastung der Pflegepersonen einsetzen wollen. Beratungsleistungen sind übersichtlich zu gestalten. Wie gut oder schlecht ein Pflegeangebot ist, bleibt derzeit oft im Dunkeln.

Pflegearbeit - kein Job zweiter Klasse!

Jede Pflegekraft leistet mehr für die Gesellschaft als ein Banker. Schöne Worte verbessern keine Arbeitsbedingungen. Der wirkliche Pflegebedarf soll endlich

verbindliche Messlatte werden. Sowohl ambulant als auch stationär. Daraus müssen sich die Personalschlüssel ableiten. Bundesweit und einheitlich, denn gute Pflege ist nicht weniger wert in Sachsen als in Bayern. Die Pflegekräfte sollen gut verdienen, gesund bleiben und sich weiterentwickeln können. Dann gehen mehr Menschen in eine Pflegeausbildung und bleiben im Beruf.

Was Kommunen brauchen

Gute Pflege entscheidet sich vor Ort. Dort wissen die Menschen, was gebraucht wird. Dort müssen die Angebote entwickelt werden. Das können viele Kommunen nicht mehr. Öffentliche Investitionen in die Pflegeinfrastruktur sinken seit Jahren. Eine begründete Bedarfsplanung fehlt. Regionale Pflegekonferenzen können kaum Einfluss nehmen. Die Versorgung muss sich wieder am realen Bedarf der Menschen orientieren, nicht an den Renditechancen der Eigentümer. Das braucht öffentliche Gelder und kommunale Entscheidungsräume.

Bundespolitische Wende in Sicht?

13 000 Pflegekräfte mehr in der Altenpflege, die die Bundesregierung nach langen Kämpfen endlich einräumt, lösen kein Problem. Bei 40 Heimbewohner*innen entspricht das gerade einmal einer halben Stelle zusätzlich. Dafür sollen die Beiträge zur Pflegeversicherung erneut steigen: noch einmal 0,5 Prozent, zum zweiten Mal seit 2015. Wieder ignoriert die Bundesregierung Alternativen: Eine Solidarische Pflegeversicherung würde mehr Beitragszahlende und eine gerechte Beitragsbemessung nach dem wirklichen Einkommen bedeuten.

Gute Pflege ist möglich!

Würdevolle gute Pflege bleibt ein Menschenrecht. Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag streitet im Parlament, in Initiativen und auf der Straße für Menschen mit Pflegebedarf, ihre Familien und die Beschäftigten. Jede und jeder soll, unabhängig vom Wohnort, vom Geldbeutel und von der Herkunft selbst entscheiden dürfen, wo und in welcher Weise die notwendige Pflege erfolgt.

Personalmangel gefährdet

Nachtdienst im Pflegeheim. Karla ist für 53 Menschen verantwortlich. Niklas, Auszubildender im dritten Lehrjahr, ist dabei. Nachts wird nachgearbeitet, was der Tagdienst nicht schafft. Für alles fehlt die Zeit, auch für Gespräche. Dabei wollen sie doch für ihre zu Pflegenden da sein. Sie überlegen, wer sofort versorgt werden muss und wer warten soll. Karla denkt an Kündigung, denn so ist Pflege kaum möglich. Ständig wird der Dienstplan umgeworfen, Kolleg*innen werden an ihren freien Tagen gebeten zu kommen, wenn es wieder eine Lücke gibt. Planbares Privatleben? Fehlanzeige! Vier Kolleg*innen sind schon gegangen. Dafür kommen jetzt Leihpflegekräfte, die nicht die Namen der Bewohner*innen kennen. Personalmangel ist Alltag. Zeitnot, Arbeitsverdichtung, gefährliche Pflege – ein Teufelskreis. Er endet für viele Menschen mit Pflegebedarf im Krankenhaus. Dennoch steigen die Heimkosten weiter: Eigenanteile, Kosten für Unterkunft und Verpflegung, Anteile für Investitions- und Ausbildungskosten. Die Pflegeversicherung finanziert nicht einmal die Hälfte der Pflegekosten.

